

"Fit for 55"-Paket: Aktueller Stand zur AFIR

Am 2. Juni erzielte der Europäische Rat eine [Einigung hinsichtlich der Alternative Fuel Infrastructure Regulation \(AFIR\)](#). Diese beinhaltet bindende Ziele, welche vor allem ein öffentlich zugängliches Infrastrukturnetz für das Aufladen und Betanken von Straßenfahrzeugen und Schiffen mit alternativen Kraftstoffen ermöglichen sollen. Ebenfalls sollen Alternativen zum stationären Motorbetrieb von Schiffen am Liegeplatz und von geparkten Luftfahrzeugen geboten werden. Die wichtigsten Aspekte beziehen sich für das Aufladen von leichten Elektrofahrzeugen auf die Anforderungen an die bereitzustellende Leistung je nach Größe der zugelassenen Flotte und die Anforderungen an die Abdeckung des TEN-V-Netzes mit Ladepunkten in den Jahren 2025 und 2030. Für das Aufladen von schweren Elektro-Nutzfahrzeugen und die Wasserstoffbetankung werden die Anforderungen an die TEN-V-Abdeckung bis 2030, für schwere Elektro-Nutzfahrzeuge beginnend ab 2025 gelistet. Was den Infrastrukturaufbau in Bezug auf Ladenormen für schwere Elektronutzfahrzeuge betrifft, wurde bis 2030 das Ziel gesetzt, alle Straßen des TEN-V Netzwerkes abzudecken. Für den Aufbau der Infrastruktur zur Wasserstoffbetankung soll ein Schwerpunkt auf städtische Knoten und multimodalen Hubs gelegt werden. Die Gesamtleistung der Ladestandorte für TEN-V-Abschnitte mit geringem Verkehrsaufkommen wurden angepasst, sowie die maximale Entfernung zwischen den Ladestandorten für Abschnitte mit sehr geringem Verkehrsaufkommen erhöht werden kann.

Tschechische Ratspräsidentschaft: Prioritäten für den Verkehrssektor

Seit 01. Juli 2022 übernimmt die Tschechische Republik turnusgemäß für sechs Monate den [Vorsitz im Rat der Europäischen Union](#). In dieser Funktion ist die tschechische Regierung bis Ende Dezember 2022 für die Vorbereitung, Leitung und Moderation der Treffen des Rates der EU und seiner Vorbereitungsgremien zuständig. Dabei wird sie das Programm der Ratssitzungen vorschlagen und hat die Möglichkeit, Schwerpunkte bei der prioritären Behandlung von Legislativdossiers zu setzen. Prioritär für den Verkehrssektor ist die Verringerung der Emissionen und eine effiziente Mobilität durch die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur (mit Schwerpunkt auf Hochgeschwindigkeitsstrecken und der Überarbeitung des TEN-V), der Fortsetzung der Verhandlungen über die AFIR und das "Efficient and Green Mobility"-Paket. Der Schwerpunkt wird auf der Richtlinie über intelligente Verkehrssysteme (IVS) liegen.

Aufruf für Pilotprojekte zu grenzüberschreitendem Bahnverkehr

Die EU-Kommission bittet um Vorschläge zu Pilotprojekten für grenzüberschreitende Schienenverkehrsdienste. Eisenbahnunternehmen, Infrastrukturbetreiber und Behörden können bis zum [31. Oktober 2022 Projekte einreichen](#). Sie können entweder neue Dienste anbieten oder bestehende Dienste verbessern. Ziel ist es, Verbindungen schneller, häufiger und erschwinglicher zu machen. Die Ausschreibung ist Teil des Aktionsplans, den die EU-Kommission im Dezember 2021 veröffentlicht hat und mit dem sie den Langstrecken- und grenzüberschreitenden Schienenpersonenverkehr verbessern will. Die Kommission wird die Pilotprojekte unterstützen, indem sie Kontakte zwischen den beteiligten Akteuren erleichtert und Hilfestellung leistet. Die Ergebnisse der Bewertung werden im Januar nächsten Jahres veröffentlicht.

Klimaticket Österreich und Situation in Deutschland

Das Österreichische Klimaticket wurde seit seiner Einführung am 26.10.2021 ca. 168.000-mal verkauft (Stand Juni 2022). Deutschland führte vor Kurzem das 9-Euro-Ticket ein. Der [Verband Deutscher Verkehrsunternehmen \(VDV\)](#) schlägt, insbesondere für diejenigen, welche sich in einer durchgeführten Marktforschung als relevante Zielgruppe erwiesen haben, ein deutschlandweit gültiges ÖPNV-Klimaticket zum Preis von 69€/Monat vor. Dieses gelte dann als Fahrtberechtigung für die zweite Klasse. Ein

solches Ticket könnte ab 01.09.2022 angeboten werden. Dafür benötige es aber sehr schnell den Auftrag seitens der Politik. Weitere, sozialpolitisch wünschenswerte Varianten, könnten dann ab 01.01.2023 vorbereitet werden. Ein solches Klimaticket um 69€/Monat werde Mehraufwendungen von 2 Milliarden Euro pro Jahr nach sich ziehen.

H2Together

Mit dem Ziel der Klimaneutralität und emissionsneutralem öffentlichen Verkehr testen die Wiener Linien, Wien Energie, Wiener Netze und VOR (Verkehrsverbund Ost-Region) im Projekt **H2Together** einen Wasserstoff-Elektrobus im niederösterreichischen Regionalbusverkehr. Die Ergebnisse sind positiv, vor allem in Bezug auf die herausfordernden Straßenbedingungen im außerstädtischen Bereich (längere Strecken, höhere Geschwindigkeiten, andere Straßenbedingungen). Die Testung erfolgt im Rahmen der Mobilitätswende und nach den bisher erfolgreichen Projekten wie den Akkuzügen oder dem elektro-betriebenen Regionalbus im südlichen Weinviertel. Betankt wird der Bus in der Garage der Wiener Linien in Leopoldau. Er wird ab dem Sommer 2022 die Kurvenstrecken des Wienerwalds sowie das hügelige südliche Weinviertel befahren. Der grüne Wasserstoff wird von Wien Energie zur Verfügung gestellt und der Bus von Hyundai Import GmbH gemietet. Die Reichweite soll 550 km betragen. Das Projekt soll dabei helfen, bestehende und zukünftige Wasserstoffinfrastruktur effizient zu nutzen, Wissen zu bündeln, aufzubauen und auszutauschen sowie Synergien zu identifizieren, um rechtzeitig auf die Herausforderungen, die im Rahmen des „Green Deals“ auf die Projektpartner zukommen, vorbereitet zu sein.

IÖB-Mobilitäts-Call 2022

Im Rahmen des IÖB-Mobilitätscalls 2022 des BMK und der IÖB-Servicestelle werden Unternehmen aufgerufen, innovative Produkte und Lösungen einzureichen, die das Potenzial haben, die öffentliche Hand bei der Realisierung der Mobilitätswende zu unterstützen. Die Teilnahme am Call erfolgt über die IÖB-Mobilitätsplattform (<https://www.ioeb-innovationsplattform.at/ioebcall2022>) und ist bis zum 5. September 2022 möglich. As Kategoriepartner begleitet der VÖWG den Bereich "Innovative Maschinen und Fahrzeuge" und ist Teil der Jury aus Innovations- und Fachexpert:innen, die die eingereichten Lösungen bewerten. Die Ergebnisse stehen bis November 2022 fest. Die zwei besten Lösungen je Kategorie werden von Bundesministerin Leonore Gewessler im November/Dezember 2022 ausgezeichnet und im Rahmen der Siegerehrung einem breiten Fachpublikum vorgestellt. Des Weiteren bestehen zahlreiche Vorteile für jene Lösungen, die von der Jury als positiv bewertet werden, wie zum Beispiel die Bewerbung der Lösung durch die IÖBServicestelle im Rahmen ihrer regelmäßigen Kommunikationstätigkeiten sowie die Möglichkeit, diese bei öffentlichen Institutionen vorzustellen oder auf Veranstaltungen zu präsentieren.

